

Peter Klis
Hintergasse 15a
35460 Staufenberg

An den
Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof und Bundesminister des Innern

Brauerstr.30 Alt-Moabit 101 D
76137 Karlsruhe 10559 Berlin

Mai 2006
GLEICHES RECHT FÜR ALLE
Sind unsere Staatsdiener zum Wohle des Volkes da?

Sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt,
sehr geehrter Herr Innenminister,

im Interesse vieler Bürger unseres Landes, bitte ich Sie in Ihren Funktionen als Generalbundesanwalt und Innenminister höflichst folgende Webseite: [www. buerger-mobbing.de](http://www.buerger-mobbing.de) zu besuchen, und entsprechend den gültigen, gesetzlichen Vorgaben unseres Landes zu verfahren: Freie Bürger haben lt. Grundgesetz eine freie Meinungsäußerung und weitere Rechte, aber auch Pflichten. Deshalb bitten WIR Sie, alle Ihnen unterstellten, von den Bürgern unseres Landes bezahlten Beamten und Angestellten (auch das sind Bürger unseres Landes) anzuweisen, nach geltendem Recht zu verfahren, d. h.: konsequente Klärung aller öffentlich gemachten Vorfälle auf der folgenden Webseite:

[www. buerger-mobbing.de](http://www.buerger-mobbing.de)

mit zeitnaher Veröffentlichung von Bearbeitungsnachweisen und Ergebnissen. Selbstverständlich stellen WIR Ihnen unsere Webseite dafür kostenlos zur Verfügung.

WIR fordern: Anzeigen / Selbstanzeigen von allen Erfüllungsgehilfen, die gegen geltendes Recht, auch in der Vergangenheit, verstoßen haben. Das betrifft selbstverständlich auch Regierungsbeamte, Politiker und EU-Abgeordnete unseres Landes, weiterhin Wirtschaftsbosse/Manager, etc..

Diesbezüglich verweisen WIR u. a. auf Artikel 3 und 17 des Grundgesetzes mit Bezug auf Artikel 13 der europäischen Menschenrechtskonvention.

Nur mit diesen Maßnahmen, ergänzt durch absolute Ehrlichkeit und Fairness in Politik, Verwaltung und Wirtschaft kann wieder langsam Vertrauen und Moral bei den Bürgern aufgebaut werden. Bitte schenken Sie auch dem „Schwarzbuch“ des Bundes der Steuerzahler Ihre Aufmerksamkeit.

Wir lassen uns unsere ZUKUNFT nicht kaputtmachen. Bitte halten Sie sich an Ihren Diensteid.
An dieser Stelle dürfen WIR uns jetzt schon für Ihre Unterstützung bedanken.

Auch unterstützen Sie die Finanzminister bei der schwierigen Haushaltslage: Die konsequente, zeitnahe Ahndung von Verstößen gegen unser geltendes Recht, können Abfindungs- / Gehalts- und Pensionskürzungen in nicht unerheblicher Größenordnung zur Folge haben (siehe oben).

Somit wäre auch der Nachweis zur Entlastung der öffentlichen Kassen gegeben und sie wirken der weitverbreiteten Meinung: „Die machen sich nur noch die Taschen voll“, entgegen.

Weiterhin empfehlen WIR eine Befragung der Bürger unseres Landes zu folgendem Thema:

Der Volksmund sagt: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“

Oder?

Wie steht es doch so schön in unserem Grundgesetz: GLEICHES RECHT FÜR ALLE.

WIR benötigen den Volksentscheid u. a. zur Aufhebung der Immunität von Politikern, die gegen geltendes Recht verstoßen (haben), damit diese im Namen des Volkes rechtskräftig verurteilt werden. Für unser aller Zukunft wünschen WIR eine gute und harmonische Zusammenarbeit.

Ich zeichne für viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit den besten Wünschen für Ihr zukünftiges Handeln und Ihre Politik.

Ihr Peter Klis